



Newsletter Serap Güler MdB



Berlin, Tel Aviv und die Bundeswehr

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

Ich freue mich sehr, über Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit im Deutschen Bundestag. Mit diesem monatlichen Newsletter halte ich Sie zum Geschehen in der Berliner Politik, meinen Aufgabenbereichen im Parlament, meinem Ausschuss sowie meinem Wahlkreis auf dem Laufenden und informiere über meine öffentlichen Termine. Haben Sie Fragen oder Anliegen an mich? Dann wenden Sie sich jeder Zeit an serap.gueler@bundestag.de

Herzliche Grüße,

DUNKLE WOLKEN BLEIBEN ÜBER EUROPA UND DEUTSCHLAND

Seit mehr als einem Monat herrscht wieder Krieg in Europa. Mit der Invasion Russlands in der Ukraine, hat für unseren Kontinent eine neue Zeit begonnen. Im politischen Berlin fällt mittlerweile immer häufiger das Wort „Zeitenwende“. Wir bezeichnen damit die politische Kehrtwende der SPD und Grünen, Waffen in ein aktives Kriegsgebiet zu liefern. Auch darunter fällt die Abkehr von der „schwarzen Null“, durch die Union und FDP, wenn es darum geht, dringend notwendige Investitionen für die Bundeswehr zu organisieren. Doch noch ist unklar, wohin die Ampel-Koalition Deutschland steuern will. Das vom Bundeskanzler Scholz angekündigte



Foto: Laurence Chaperon

Sondervermögen und das schnelle Umsetzen des 2%-Ziels der NATO, soll nun doch miteinander verrechnet werden, sodass eine echte Verbesserung bei der Finanzierung der Bundeswehr weiter aussteht. Besonders unter dem Aspekt, dass das geplante Sondervermögen lediglich die dringendsten Bedarfe der vergangenen Jahre deckt. Dazu zählt unter anderem die Aufmunitionierung der Bestände, damit die Bundeswehr im Ernstfall länger als vier Stunden Munition hat.

Zögerlich und zaghaft agiert die Regierung weiterhin bei Waffenlieferungen an die Ukraine. Immer wieder werden Lieferungen groß angekündigt, entpuppen

sich dann aber als zu langsam, teilweise unbrauchbar, weil fehlerhaft oder gar komplett fehl am Platz, weil die Ukrainer in der Zwischenzeit andere Waffen benötigen. Auf das unglückliche Agieren der Verteidigungsministerin Lambrecht, reagieren Mitglieder der Hauptstadtresse mittlerweile nur noch mit Kopfschütteln.

Klar ist nach knapp vier Monaten Ampel: Deutschland fehlt es an politischer Führung. Wenn die Bundesregierung nicht zügig eine „Zeitenwende“ einläutet, dann drohen uns vier verlorene Jahre in Deutschland.

CHAOS BEI DER VERSORGUNG DER KRIEGSFLÜCHTLINGE

AMPEL LÄSST LÄNDER, KOMMUNEN UND FLÜCHTENDE IM STICH



Foto: Tobias Koch

Die Lage in der Ukraine ist dramatisch. Mit einer großen Welle der Hilfsbereitschaft versuchen die Menschen auch in Deutschland, den aus den Kriegsgebieten Flüchtenden zu helfen. Dafür gebührt jedem Einzelnen großer Dank und Anerkennung.

Dabei dürfen wir allerdings nicht vergessen, dass die Situation für die Kommunen wieder eine große Herausforderung darstellt. Wie bereits im Jahr 2015 muss

auch diesmal, in kurzer Zeit, Unterbringung und Betreuung der Hilfesuchenden organisiert werden. In einigen Kommunen bedeutet das nun wieder volle Turnhallen oder neue Container-Siedlungen. Es ist wichtig, dass der Bund endlich anfängt, den Kommunen bei diesen Aufgaben zu helfen und diese zu unterstützen.

Als Grundlage für eine gesteuerte Verteilung, muss zunächst einmal eine Registrierung der ankommenden Menschen erfolgen. So verteilen wir nicht nur die Aufgaben für die Kommunen, sondern schützen die Flüchtenden auch vor Straftaten wie Verschleppung oder ähnlichem. Wir dürfen wegen der aktuellen Untätigkeit der Bundesregierung nicht in einen Kontrollverlust schlittern. Frauen und junge Mädchen sind dabei

auf besondere Art und Weise angreifbar. Wir müssen diese dringend von Anfang an mehr schützen, weil deren Leid sonst skrupellos ausgenutzt wird. Der Bund sollte dringend die Housing-Börsen kontrollieren, in dem zum Beispiel Anbieter von Privatunterkünften polizeilich registriert und auf einer zentralen Plattform aufgeführt werden.

Dadurch schaffen wir ein Vertrauensverhältnis zwischen Helfenden und Flüchtenden.

Auch muss dringend die Aufklärungsarbeit an den Bahnhöfen und in den Bahnen der DB verbessert werden. Die Polizei hat in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder Vorfälle an diesen Orten registriert, die eine niedrigschwellige Ansprache erforderlich machen.

AUS DEM PLENUM

EIN SCHWEIGENDER BUNDESKANZLER

In einer Sitzung des Deutschen Bundestages hat der ukrainische Präsident Selenskij einen eindringlichen Appell an uns alle im Plenum gerichtet. Wir müssen ihn hören und uns jeden Tag fragen: Tun wir genug, um den gerechten Freiheitskampf der Ukrainer zu unterstützen? Für mich ist klar: Ein Kriegseintritt kommt nicht in Frage. Einschneidende Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle sind umso erforderlicher.



Die Bundesregierung und allen voran der Bundeskanzler schweigt jedoch. Obwohl persönlich angesprochen, verweigerte er dem ukrainischen Präsidenten eine direkte Antwort, sodass der Bundestag in einer peinlichen Art und Weise zum Alltagsgeschäft übergegangen ist. Ein schwarzer Tag für den gesamten Deutschen Bundestag und unsere parlamentarische Demokratie.

HILFE FÜR DIE UKRAINE - NUR WIE?

Die Ukrainer brauchen weiterhin unsere Hilfe und Unterstützung. Nur warme Worte in Sonntagsreden helfen allerdings kaum. Wir müssen in dieser Krise dringend weitere Maßnahmen ergreifen und den richtigen Mix, zwischen Sanktionen für Russland und Waffenlieferungen für die Ukraine, finden.

Die ersten Sanktionspakete gegen Russland waren richtig und wichtig, doch sind wir immer noch ein indirekter Förderer Russlands. Durch unsere Abhängigkeit vom russischem Gas finanzieren wir, zu einem nicht ganz unerheblichen Anteil, den Russischen Staat und dessen Invasionsarmee in der Ukraine. Dringend müssen wir diese Abhängigkeit aufbrechen und uns gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn und Partnern in der Energiepolitik abstimmen. Durch neue Verträge, mit anderen Liefernationen und die Errichtung von LNG-Terminals im Norden unseres Landes, müssen wir so schnell wie möglich Alternativen zum Russischen Gas realisieren. Nur so können wir den Geldhahn für Putins Invasionspläne zudrehen.

Auf der anderen Seite müssen wir dringend den Bedarf der ukrainischen Armee

ernst nehmen und wenn möglich, bedienen. Eine Unterscheidung in defensive und offensive Waffen fällt immer schwerer. Waren zu Beginn die Panzer- und Flugabwehrraketen eine gern gesehene Lieferung, benötigt die Ukraine in der Zwischenzeit längst andere Systeme. Kleine und leichte Aufklärungsdrohnen werden, ebenso wie gepanzerte Fahr-



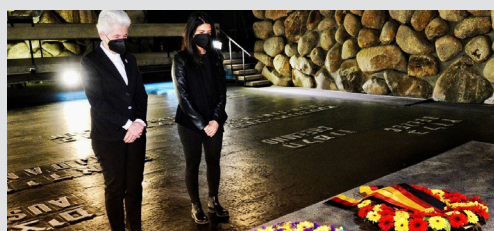
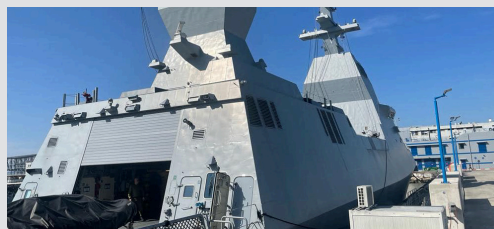
zeuge, benötigt. Auch werden weiterhin Systeme aus den ehemaligen Beständen der NVA benötigt. Diese Waffensysteme sind zwar nicht immer auf dem aktuellsten Stand, können jedoch von den Ukrainischen Soldatinnen und Soldaten sofort verwendet werden, weil diese bekannt sind. Der Umgang mit neueren Systemen der NATO, muss hingegen erst erlernt werden.

MEINE ERSTE DIENSTREISE ALS MITGLIED DES BUNDESTAGES

Als Mitglied des Deutschen Bundestages, werde ich in den kommenden Jahren meines Mandates, immer wieder auch unsere Partner im Ausland besuchen. Mit diesen Reisen machen wir Abgeordnete wichtige Erfahrungen aus erster Hand und können uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Parlamenten vor Ort austauschen. Dass nun mit meiner Reise nach Israel dieser erste Austausch anstand, hat mich besonders gefreut. Mit Israel verbindet Deutschland eine besondere Geschichte. Während meiner Fahrt, habe ich immer wieder Teile der Erinnerungskultur in Israel über die Zeit des Nationalsozialismus erlebt. Eine Zeit, die wir nie vergessen dürfen und eine Zeit, die unsere ganz besondere Rolle, wenn es um Israels Sicherheit geht, begründet. Die Existenz des Staates Israel muss immer zu unserer Staatsräson gehören.

Los ging es für uns mit dem Programm am Montag, dem 28. März, mit einem der prägensten Erlebnisse der ganzen Reise. Gemeinsam mit der Israelischen Armee haben wir einen ehemaligen Tunnel der Hisbollah besichtigen können. Durch diese sollen Menschen und Material in das Land geschmuggelt werden, um anschließend in Israel selbst Terror und Verwüstung zu verbreiten. Wie real die Bedrohung für Israel durch die Hisbollah, Hamas und die anderen Feinde des Landes ist, haben wir in den folgenden Tagen immer wieder sehen können. Dazu zählt auch die Reihe der Anschläge, die in der aktuellen Zeit in Israel verübt wird. Während meines Aufenthaltes starben fünf Menschen auf Grund eines Terroranschlags. Ein beklemmendes Gefühl, wenn man bedenkt, dass die Israelischen Bürgerinnen und Bürger mit dieser Gefahr täglich umgehen müssen.

Wie eingangs bereits beschrieben, haben wir Deutsche eine besondere Verantwortung gegenüber der Sicherheit in Israel. Gefreut hat mich deshalb der nächste Programmpunkt, mit der Besichtigung einer der vier Sa'ar-6-Klasse Korvette, die ursprünglich aus Deutschland geliefert wurden. In Israel genießt unsere deutsche Marine, in Bezug auf die militärische wie persönliche Zusammenarbeit, einen extrem guten Ruf, der uns als Delegations-



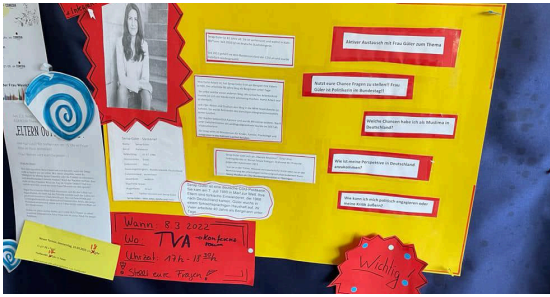
mitglieder sehr stolz gemacht hat.

Neben den terroristischen Bedrohungen durch die Hamas und die Hisbollah, wird die Existenz Israels besonders durch den Iran bedroht. In einem Austausch mit dem stellv. Generalstabschef Generalmajor Herzi Halevy, formulierte er den prägenden aber auch sehr zutreffenden Satz: „Das eigentliche Ziel des iranischen Regimes ist nicht Israel, sondern der Westen, die Werte und die Lebensart des Westens. Israel ist der einzige Staat im Nahen Osten, der diese Werte vertritt“. Ein Fazit, das ich aus diesem Gespräch für mich ziehen konnte ist, dass Israels Situation, das Land förmlich dazu zwingt, alles dafür zu tun, sich jeden Tag militärisch und zivil auf die vielfältigen Bedrohungen vorzubereiten. So bitter es klingt, so real ist diese Situation für das ganze Land.

Ein weiteres prägendes Gespräch hatte ich mit dem stellvertretenden Verteidigungsminister Alon Schuster. Auch er ist ein Verfechter des sozialen Dienstes an der Gesellschaft. Junge Menschen würden früh lernen, gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Eine Diskussion, die angesichts der russischen Invasion in die Ukraine, eine neue Belebung in Deutschland erleben wird. Meine Eindrücke aus den Tagen in Israel und das Gespräch mit Herrn Schuster bestätigen noch einmal, dass die Herausforderungen unserer beiden Länder in Sicherheitsfragen unterschiedlich sind. Klar ist aber: Je enger und intensiver die Zusammenarbeit zwischen Israel und Deutschland ist, desto mehr profitieren beide von der Expertise des jeweils anderen.

Zu Ende ging die Woche mit dem Besuch der Holocaust - Gedenkstätte Yad Vashem. Der Besuch berührt einen immer wieder auf das Innerste. Die hier dokumentierten Verbrechen gegen das jüdische Volk, sind eine immerwährende Verantwortung und Mahnung. Eine Verantwortung die noch einmal besondere Bedeutung wiederfährt, wenn man die Reihe der Terrorakte in Israel sieht und den dahinter liegenden Antisemitismus. Egal wo auf der Welt, wir müssen diesen immer verdammen und bekämpfen.

AUS DEM WAHLKREIS



Ich durfte gemeinsam mit Florian Weber einige Mädchen und junge Frauen im Teresa-von-Avila-Haus, einem internationalen Jugendwohnheim in Köln, kennenlernen. Das Haus hilft in schwierigen Situationen, unterstützt bei der beruflichen und schulischen Integration und begleitet die Mädchen eine Zeit lang durchs Leben. Mir war es wichtig, jungen Frauen meine Erfahrungen mitzugeben. Sie darin zu bestärken, ihren Weg zu gehen, egal wie stark die Widerstände auch manchmal sind. Wahr ist aber auch: als Gesellschaft und Politik müssen wir noch viele Baustellen, gerade was Alltagsrassismus betrifft, aus dem Weg räumen. Ein Erfahrungsaustausch, den ich mit nach Berlin nehmen werde!



Wie wirkt sich der Krieg konkret auf Unternehmen im Wahlkreis aus? Eine der Fragen, die mich beim gemeinsamen Besuch mit Rüdiger Scholz im Pharma Supply Center von Bayer beschäftigt hat. Das Unternehmen ist ein wichtiger Faktor für derzeitige und zukünftige Arbeitsplätze. Daher sind verstärkte Investitionen und der Ausbau des Pharma Supply Centers eine gute Nachricht für die Region. Was ich mit nach Berlin nehme: Mit Blick auf den Krieg werden zunehmend die steigenden Energiekosten zu einem Problem. Hier müssen schnellstmöglich politische Lösungsvorschläge her. Außerdem ist es gut, dass wichtige Arzneimittel weiterhin nach Russland geliefert werden, um die Menschen in Russland, die diesen Krieg nicht wollen, nicht zu treffen.





Themen vor Ort und im Rahmen der Kommunalpolitik spielen bei meiner täglichen Arbeit als Bundestagsabgeordnete immer wieder eine große Rolle. Ein wichtiger Termin für mich war deshalb auch der Antrittsbesuch bei dem Oberbürgermeister Uwe Richrath. Im Dezember vergangenen Jahres haben wir beide den Bundesverkehrsminister wegen des geplanten Autobahnausbaus angeschrieben. Jetzt wollen wir gemeinsam in Berlin weiter Druck machen. Dafür treffen wir uns in den kommenden Wochen mit dem Staatssekretär Oliver Luksic in Berlin für einen persönlichen Austausch.



Auch im Wahlkreis spielt das Thema Ukraine eine große Rolle. Bei einem Termin bei den Maltesern in Köln, konnte ich mich über deren Arbeit und die aktuellen Probleme rund um die Verpflegung und Unterbringung der Flüchtlinge in Köln informieren. In Leverkusen übernehmen die Malteser ähnliche Rollen, wie in Köln und haben gemeinsam mit der Stadt ein Willkommensbüro eingerichtet, wo die Flüchtlinge alle Informationen für Ihren Aufenthalt in der Stadt bekommen. Außerdem bin ich auch immer wieder regelmäßig bei den Demonstrationen in den beiden Städten dabei. Wir müssen als Zivilgesellschaft immer wieder das Zeichen setzen, dass wir diesen Krieg Russlands missbilligen und weiter öffentlichen Druck aufbauen.



Medien & Netzwerk

 www.serapgueler.de
 @serapgueler
 @sgueler
 @SerpGueler

Impressum

Herausgeber:

Serap Güler MdB
Friedrich-Ebert-Str. 94-96
51373 Leverkusen

Kontakt:

Mail:
serap.gueler.wk@bundestag.de

V.I.S.D.P.:

Jonas Dankert
Friedrich-Ebert-Str. 94-96
51373 Leverkusen